

## 22. Mai 2005

Dr. Karsten Rudolph, MdL  
Stellvertretender Vorsitzender der NRW-SPD

Rede auf der Unterbezirkskonferenz der HSK-SPD am 2. April 2005

Worum es geht

Am 22. Mai 2005 wird in NRW gewählt. Vom Ausgang der Wahl hängt viel ab. Für unser Land, aber auch für die Bundesrepublik. Am 22. Mai fällt eine Vorentscheidung darüber, ob der Kanzler Kapitän bleiben kann oder die Leichtmatrosen die Brücke entern. Die Selbstherrlichkeit der CDU/CSU ist schon jetzt nicht zu übertreffen.

Aber es geht nicht nur um Regierungen, Parteien, Koalitionen und um politische Taktik bis zur nächsten Bundestagswahl. Es geht um mehr: Am 22. Mai geht es um eine Richtungsentscheidung, um klare Alternativen und hinter der Frage, wen man wählen soll, steht die Frage, wie die Menschen in Nordrhein-Westfalen leben wollen,

- ob sie mit uns den Weg der Chancengleichheit in der Bildungspolitik fortsetzen oder ob sie bayerische Verhältnisse der Auslese und sozialen Benachteiligung bekommen wollen;
- ob der typisch nordrhein-westfälische Ausgleich zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sozialer Gerechtigkeit Bestand hat oder ob er unwiderruflich zerstört wird;
- ob die soziale Marktwirtschaft und die soziale Gerechtigkeit Markenzeichen Nordrhein-Westfalens bleiben oder ob NRW ein McKinsey-Land wird, in dem die Trümmer des sozialen Zusammenhalts mithilfe einer „deutschen Leitkultur“ zusammen gefegt werden.

Die Alternativen liegen auf der Hand.

Zur Sache also!

### 1. Erfolgreich starten und Bildung für alle oder bayerische Verhältnisse?

Unsere Leitidee ist: Wir machen eine Politik gegen soziale Vererbung und Bildungsarmut; positiv ausgedrückt: Wir stehen für Chancengleichheit und Öffnung der Bildung für alle Schichten, weil uns jedes Kind gleichviel wert ist. Wir wollen kein Talent vergeuden.

Wer bayerische Verhältnisse in NRW haben will, muss wissen: Die Herkunft soll über den Abschluss und das weitere Leben entscheiden:

- Nur 17% der bayerischen Grundschüler machen Abitur.
- Arbeiterkinder besitzen in Bayern wesentlich schlechtere Chancen, ein Gymnasium zu besuchen als bei uns (30,8% zu 46,2%). Unsere Berufskollegs mit doppelqualifizierendem Abschluss haben darüber hinaus Erfolgsgeschichte geschrieben.
- In Bayern macht pro Jahrgang jeder 10. Schüler überhaupt keinen Schulabschluss, bei uns in NRW gibt es bundesweit die wenigsten Schulabbrecher (6,9%).
- Bayern ruft so gut wie keine Bundesmittel für die Einrichtung von Ganztagschulen ab, NRW liegt hingegen an der Spitze.
- Bayern streicht mit dem Doppelhaushalt 2005/06 1.204 Lehrerstellen. Bei uns werden alle frei werdenden Stellen (rund 5.000 p.a.) neu besetzt.

- In Bayern stagniert der Anteil der Bildungsausgaben am BSP seit 20 Jahren. Bei uns ist der Anteil der Bildungsausgaben im Landeshaushalt seit 1999 um 17% gestiegen.
- Bayern will Studiengebühren einführen. Wir in NRW bleiben dabei: Keine Studiengebühren fürs Erststudium!

Stichwort „Betreuungskette“:

Unser Ziel ist es, eine verlässliche Kette an zusätzlicher Förderung und qualifizierter Betreuung von unter drei Jahren bis zum 13. Lebensjahr zu schmieden.

Die CDU mauert, weil sie auch hier einer veralteten Familien-, Frauen- und Bildungspolitik hinterherläuft. Ein Erfolg sozialdemokratischer Bildungspolitik besteht darin, dass das berühmte katholische Mädchen vom Lande nicht länger benachteiligt wird. Jetzt, wo junge Frauen gleiche Startchancen in der Schule bekommen, gute Noten und hervorragende Bildungsabschlüsse erhalten, also bestens qualifiziert sind und arbeiten möchten, dürfen Familie und Beruf kein Widerspruch mehr sein. Darauf zielen unsere Anstrengungen in der Ganztagsbetreuung.

Wir wissen inzwischen auch: Für den Schulerfolg ist entscheidend, dass alle erfolgreich starten können. Deswegen beginnt Bildung bei uns schon in der Kindertagesstätte.

Stichwort „Gebührenfreies Erststudium“:

Was man wissen sollte, bevor man - wie die CDU in NRW – Studiengebühren wie in Bayern verlangt:

- In Nordrhein-Westfalen jobben 73 Prozent aller Studierenden während des Studiums (bundesweit sind es 66 Prozent).
- Der Sozialbeitrag pro Semester liegt bei rund 90 € ohne Semesterticket (nach Süden wird es immer teurer, ungeschlagener Spitzenreiter ist übrigens München).
- Alle deutschen Stiftungen zusammen fördern nicht mehr als 15.000 Studierende; in NRW gibt es aber eine halbe Million Studierende!

Es ist schon eigentümlich: Diejenigen, die nicht wollen, dass der Staat kreditfinanzierte Ausgaben tätigt, weil damit die nachwachsenden Generationen überlastet würden, wollen nun der nächsten Generation an Studierende zusätzliche Schulden aufbürden. (Dabei geht es übrigens nicht nur um die Rückzahlung von Krediten an Banken, sondern auch um die Zahlung von Kreditzinsen und um staatliche Zuschüsse in Form für Bürgschaften.) Wir wollen aber kein Sonderkonjunkturprogramm für Banken – wir wollen, dass alle gleiche Chancen für ein Studium haben, es erfolgreich absolvieren und nicht mit 50.000 Euro Schulden dastehen, wenn es ins Berufsleben und um die Gründung einer Familie geht. Die Ungerechtigkeit beginnt, wo zwei Klassen von Studierenden entstehen. Die Klasse, die keinen Kredit aufnehmen muss und die Klasse, die einen Kredit braucht und mit Zinsen zurückzahlen muss.

Sowohl aus bildungs- als auch aus familienpolitischer Sicht (das könnte ja noch ein Argument für diejenigen in der Union sein, die Studiengebühren skeptisch gegenüber stehen) ist ein gebührenpflichtiges Erststudium abzulehnen.

## 2. Soziale Marktwirtschaft oder Neo-Liberalismus?

Das 10-Punkte-Programm der Union für den „Job-Gipfel“, das Wahlprogramm von CDU und FDP sowie die Ankündigungen von Rüttgers bilden eine Offenbarung. Es soll genügen, die wesentlichen Punkte herauszugreifen:

1. Verlängerung der Wochenarbeitszeit nach dem 10-Punkte-Plan soll eine Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes bewirken, die eine tägliche Höchstarbeitszeit von 121/4-Stunden ermöglicht. Originalton Rüttgers, die 35-Stunden-Woche war ein Irrtum!

- Die durchschnittliche faktische Wochenarbeitszeit in Deutschland, das zeigen neueste Untersuchungen, liegt schon jetzt über 40 Stunden und nicht bei 35 Stunden!
- Die Verlängerung der Wochenarbeitszeit bedeutet Lohn- und Gehaltssenkungen auf breiter Front!
- Durch die Verlängerung der Wochenarbeitszeit wird die vorhandene Arbeit nicht gerechter verteilt, sondern den vorhandenen Arbeitnehmern aufgebürdet!

2. Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung von 6,5% auf 5%.

- Dies entspricht einer Mittelkürzung von 11 Mrd. €. Wenn das Arbeitslosengeld nicht gekürzt werden soll, muss an der aktiven Arbeitsmarktpolitik gespart werden, was wiederum neue Arbeitslose und Folgekosten von 9 Mrd. € produziert. Die saldierten Mehrausgaben der lägen damit bei rund 20 Mrd. €.
- Der Staat würde sich aus seiner Verantwortung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zurück ziehen.

3. „Betriebliche Bündnisse“ für Arbeit (in Kombination mit der Rücknahme des Betriebsverfassungsgesetzes, der Aufweichung des Kündigungsschutzes und des Jugendarbeitsschutzes).

- Die Flexibilität der Flächentarifverträge ist bewiesen,
- auch dass die Gewerkschaften verantwortungsvoll mit Öffnungen umgehen können.
- Mitbestimmung und Betriebsverfassung sichern Arbeitsplätze: Bei Opel waren es die Betriebsräte und Gewerkschaften, die die Standorte gesichert haben, nicht das Management oder die Anteilseigner.

Allein diese drei Punkte offenbaren, dass die Union Abschied von der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland nimmt.

Die speziellen Vorschläge der CDU für NRW belegen den Eindruck, dass Rüttgers, Merz und Co. ein anderes Nordrhein-Westfalen, eine andere Republik wollen:

- Die verlangte Halbierung der Steinkohleförderung kostet in den nächsten vier Jahren 30.000 Arbeitsplätze.
- Der verlangte Personalabbau in der Landesverwaltung kostet 70.000 Arbeitsplätze (da der anvisierte Stellenabbau in der engeren Landesverwaltung, d.h. in den Ministerien nur 375 kw-Vermerke brächte, macht die geforderte Abschaffung der Mittelbehörden, also der Regierungspräsidien, Sinn).
- Die von Rüttgers angekündigte Kürzung von 20% der Ausgaben bei Förderprogrammen, Institutionen, Leistungsgesetzen und Leistungen für die Bürger führt zu einem Abriss der staatlichen Förderung in der Weiterbildung, in der Kultur und im Sozialen, die den flächendeckenden Verlust von Hunderten von Arbeitsplätzen nach sich zieht.

Ich möchte an dieser Stelle einmal festhalten: Der öffentliche Sektor und der mit öffentliche Mitteln geförderte Dritte Sektor, die beide wichtige soziale Dienstleistungen erbringen, sind wichtige Beschäftigungssektoren, ohne die eine moderne Dienstleistungsgesellschaft nicht auskommen kann.

Gegen das Kahlschlagprogramm der Union, den beschäftigungspolitischen Morgenthau-Plan für NRW, sind die von der CDU gepriesenen neuen „Jobmotoren“ reine Makulatur und Opium fürs Volk.

- 50.000 Arbeitsplätze sollen an den Hochschulen entstehen – nur leider blockiert die Union im Bundesrat das Exzellenz-Programm des Bundes und verzichtet schon jetzt auf dringend benötigtes Geld für die Wissenschaft.
- 50.000 Arbeitsplätze sollen an den Flughäfen entstehen – nur leider bekämpft die CDU Meerbusch den internationalen Flughafen Düsseldorf, will die CDU Siegburg den Nachtflug am Köln-Bonner Airport verhindern und kämpft die CDU Viersen gegen den Ausbau des Flughafen Mönchengladbach.
- 800.000 Arbeitsplätze sollen durch haushaltsnahe Dienstleistungen, d.h. durch MiniJobber an Heim und Herd entstehen – nur leider ist diese Zahl eine reine Schimäre.
- CDU und FDP stehen für eine Politik gegen die staatliche Verantwortung. Ihre Programm zielen auf die systematische Verarmung der öffentlichen Hände.
- der geplante Wegfall der Gewerbesteuer kostet die Kommunen weitere Investitions- und Leistungskraft,
- die Bierdeckel-Steuerreform von Merz kostet allein NRW 3,7 Mrd. € an Einnahmen,
- Rüttgers Kombilohnmodell für die Einkommensbereiche zwischen 800 und 1.200 € kostet allein NRW 3 bis 4 Mrd. €

Landesseitige Einnahmeverluste von über 6 Mrd. €, die an keiner Stelle kompensiert werden, führen geradewegs hinein in eine ausweglose Schuldenfalle und damit in die Staatskrise. Sie zerstören den demokratischen und sozialen Bundesstaat und richten sich damit direkt gegen Art. 20 Abs. 1 unseres GG („Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“).

Und noch eins: Die CDU will aus der Steinkohle und der Förderung regenerativer Energien aussteigen. Der Anteil erneuerbarer Energien liegt inzwischen bei fast 10 der deutschen Stromerzeugung. Wer also glaubt hier aussteigen will, der soll auch sagen, wo er wieder einsteigen will, nämlich in die Atomenergie - eine geradezu abenteuerliche Politik angesichts steigender Energiepreise infolge eines weltweit erhöhten Energieverbrauchs und der ungelösten atomaren Gefahren! Wir bleiben bei unserem klaren Nein bei der Atomkraft und einem ebenso klaren Ja für einen zukunftsorientierten Energiemix, mit dem gerade jetzt Milliarden-Investitionen getätigt und Zehntausende von Arbeitsplätzen gesichert und neue geschaffen werden.

Ein rücksichtsloser Laisser-faire-Liberalismus zerstört die Gesellschaft – darauf hat schon Wilhelm Röpke hingewiesen (gewiss kein Sozialdemokrat – aber der Begründer der Sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik). Röpke wusste, in Wirtschaftsfragen geht es immer auch darum, wie Menschen arbeiten und leben möchten! Darum geht es auch heute. Wir reden hier nicht über „politische Maßnahmen“ sondern über gesellschaftspolitische Leitbilder, über Fragen unserer Lebensweise und der ganz praktischen Kultur des Zusammenlebens.

Wir setzen gegen die neoliberale Marktwirtschaft die Soziale Marktwirtschaft – unser Rhein-Ruhr-Modell, mit Mitbestimmung, mit Kündigungsschutz, mit Tarifverträgen, mit aktiver Arbeitsmarktpolitik, mit der Förderung von Innovationen und des Mittelstandes.

Übrigens auch mit dem Erhalt der kommunalen Sparkassen: Zusammen mit den Genossenschaftsbanken sorgen nicht zuletzt die Öffentlich-rechtlichen für Kredite für das Handwerk, kleinere und mittlere Unternehmen und für eine Grundversorgung der Bürger in der Fläche.

Die CDU will die Sparkassen zerschlagen und privatisieren. Dies würde unserem Mittelstand schweren Schaden zu fügen und den Weg zur Bank für viele Bürger in den Stadtteilen und kleineren Gemeinden unerreichbar machen. Deswegen ein praktischer Tipp: Wer das nicht will, sollte am 22. Mai SPD wählen.

Die Union –und vorne weg Herr Rüttgers – haben in der etwas aufgesetzt wirkenden Patriotismusdebatte immer wieder über die Werte des christlich-europäischen Abendlandes

lamentiert und dabei eines unterschlagen, auf das Helmut Schmidt hingewiesen hat: „Der Sozialstaat war die bisher letzte große kulturelle Leistung Europas.“

### 3. McKinsey-Gesellschaft oder Friedfertige Gesellschaft

Viele haben gefragt: Was ist das, eine friedfertige Gesellschaft? Zwei einfache Antworten lassen sich geben.

Erstens: Eine friedfertige Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der jedermann frei von Furcht (vor Kriminalität, sozialem Absturz, Ausschluss oder Benachteiligung) leben kann. So steht es auch in unserem Wahlprogramm.

Zweitens: Eine friedfertige Gesellschaft duldet keinen Radikalismus und Fundamentalismus, weder von rechts noch von links noch aus der Mitte, nicht aus religiösen oder betriebswirtschaftlichen Motiven – hier gilt das Wort unseres Ministerpräsidenten: Keine Toleranz der Intoleranz!

Ich füge ein Drittes hinzu: Eine „McKinsey-Gesellschaft“ kann keine friedfertige Gesellschaft sein. McKinsey-Gesellschaft bedeutet: Verbetriebswirtschaftlichung des Gemeinwesens nach der Logik des Neoliberalismus ohne Rücksicht auf soziale Verluste. In der McKinsey-Gesellschaft Kinder werden Kinder erst als ausgebildete Arbeitskräfte interessant und ältere Menschen als unproduktiv aus der Arbeitsgesellschaft ausgeschlossen.

Inmitten einer demokratischen Gesellschaft darf es keine Wirtschaft ohne Menschlichkeit, keine Diktatur der Aktionäre und Aktienfonds geben.

Der Staat, wenn er ein demokratischer sein will und sein soll, darf nicht schwach sein, wenn es um Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit geht.

Die McKinsey-Gesellschaft gibt den Menschen keine Gründe, sich um andere zu kümmern. Unser Leitbild ist aber eine Gesellschaft, die Menschen Gründe gibt, sich um andere Menschen zu kümmern! Das unterscheidet uns von den Neoliberalen in der Union.

Die Vision einer friedfertigen Gesellschaft greift eine unverändert aktuelle Botschaft aus der langen christlich-jüdischen Tradition auf, die von anderen Religionen positiv aufgegriffen wurde: Sie findet sich schon im Gruß „Shalom“ - Frieden und Gerechtigkeit.

Seit dem weiß man: Nur eine friedliche Gesellschaft kann gerecht sein und nur eine gerechte Gesellschaft kann friedlich bleiben.

### 4. Rolle Rüttgers oder Klarer Kurs mit Peer Steinbrück

Der „Spiegel“ vom 14. März 2005 über Rüttgers: Nach Biedenkopf, Worms, Blüm, Linssen soll es für die CDU endlich klappen – „mit einem Kandidaten, dem es schwer fällt Profil zu zeigen. Die CDU erhält in den Umfragen bessere Werte als Spitzenkraft Rüttgers. Denn der Mann ist nicht zu fassen. Im Bundesvorstand der Partei gilt er als Leichtgewicht. Er hat keine Freunde, weil er alle seine Freunde nennt: CDU-Chefin Merkel genau so wie CSU-Chef Edmund Stoiber. Der nette Herr Rüttgers.“

Dieser nette Herr Rüttgers – so der „Spiegel“ weiter – spielt viele Rollen: Mal gibt er gibt den „väterlichen Johannes-Rau-Imitator“, mal den „Populisten“, mal den „Modernisierer“, dann den Bewahrer, Wirtschaftsprofi und Beschützer der Schwachen, Chef und Kumpel“. Als er für drei Tage im ZDF in die Rolle einer alleinerziehenden Mutter mit fünf Kindern schlüpfte, klagte seine Fernsehtochter: „Er sagt nichts.“

Rüttgers sagt nichts, verspricht, verredet und verkleistert viel: Mal unterstützte er die Hartz IV-Reform, dann verlangte er eine Generalrevision, einmal lehnte er die Rechtschreibreform

entschieden ab, dann nahm er sie entschieden hin. Und auch das ist noch nicht vergessen: Gegen den Transrapid an Rhein und Ruhr war er, weil er ihn gleich bis nach Holland bauen will.

Im Vergleich zur Rolle Rüttgers ist die Echternacher Springprozeßion eine klare, berechenbare und zielstrebige Vorwärtsbewegung.

Warum sagt Rüttgers nichts? Weil er weiß, dass das Programm seiner Partei nicht mehrheitsfähig ist. Rüttgers möchte sich die Regierungsmacht erschleichen. Das ist – in sechs Worten zusammen gefasst – die Strategie der Union.

Dagegen halten wir

- Aufklärung über die wahren politischen Absichten der Union,
- unsere Politik, wie wir sie im Wahlprogramm beschlossen haben,
- den klaren Kurs unseres Ministerpräsidenten, der konkret, ehrlich und verlässlich ist: Politik ohne Ritual. Politik pur.

## 5. Nordrhein-Westfalen muss Nordrhein-Westfalen bleiben

Nordrhein-Westfalen hat Geschichte gemacht: In seiner fast sechzig jährigen Geschichte hat es wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit sozialem Ausgleich verbunden. Die soziale Demokratie ist ein nordrhein-westfälisches Markenzeichen: Die moderne Mitbestimmung, die Reform der Betriebsverfassung und die Tarifautonomie in Deutschland haben von uns aus entscheidende Impulse erhalten. Gleichzeitig hat der Wandel zu einer offenen, innovativen Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen seine Heimat. Möglich wurde dies durch eine Reformpolitik mit Leidenschaft, Augenmaß und in sozialer Verantwortung.

Nordrhein-Westfalen muss Nordrhein-Westfalen bleiben, weil Reformpolitik ein soziales Gewissen braucht. Darum geht es am 22. Mai. CDU und FDP unterscheiden sich nur in einem Punkt: Die einen wollen das soziale Gewissen Deutschlands möglichst unbemerkt einschläfern (CDU), die anderen wollen es offen zum Schweigen bringen (FDP).

Der Unterschied zwischen denen und uns ist:

Wir zeigen, wie ein modernes Land seine Zukunft in die Hand nimmt, ohne sein Herz zu verlieren.

Die Freiheit, die wir wollen, ist nicht der Spielraum für die Selbstentfaltung der Mächtigen. Freiheit heißt für uns: Immer wieder dafür zu arbeiten, dass alle die gleichen Chancen eines selbstbestimmten Lebens ohne soziale Benachteiligung erhalten können. Denn Willy Brandt hatte Recht: Nichts ist von Dauer. Darum besinnt euch auf eure Kraft! Der 22. Mai 2005 kann ein guter Tag für Nordrhein-Westfalen und für Deutschland werden.